

# Protokoll des Liga FA Armutsbekämpfung und Existenzsicherung

**Termin: Donnerstag, 28.09.2023 Uhr, 15:00 – 17:00 Caritasverband**

**Teilnehmende:**

Kai-Gerrit Venske (CV), David Klässig (AWO), Claudia Niemeyer (DWBO), Sigrid Rosenbusch (CV), Heike Golletz (DRK), Anh-Van Tran (LAG SIB), Irina Meyer (DPWV)

**Gast: Herr Adrien Herr von Sen ASGIVA zum Thema AUSB.**

Entschuldigt: Corinna Boldt (V-ABI); Marco Rauter (LAG SIB),

**Protokoll:** Heike Golletz im Tausch mit Corinna Boldt

**Moderation:** Irina Meyer

## 1 Begrüßung und Abstimmung der TO

## 2 Protokollkontrolle und Klärung des Protokolls

Das Protokoll vom 22.06.2023 wird mit den zugesandten Änderungen verabschiedet.

## 3 Austausch zu aktuellen Entwicklungen /Durchlauf durch die Themengebiete des LIGA-FA

### 3.1 Armut/Energiearmut

Diakonische Sozialberatungsstellen haben sich zum Härtefallfonds Energie ausgetauscht; Voraussetzungen haben sich verschärft; (Verbrauchsgrenze; Sachbearbeiter reagieren unterschiedlich)

Claudia wird Information an Hr. Delius weiterleiten; AWO ins CC für weiteren Kontakt

### 3.2 ASB/AUSB

Vorstellung Herr Herr; Präsentation (Anlage)

Die Senatsverwaltung begleitet die Bezirke, die für die AUSB zuständig sind, auch im Bereich der Erfolgskontrolle. Derzeit gibt es noch kein Berichtswesen für die AUSB. Dies ist wünschenswert, um die Problematiken für den gesamtstädtischen Bereich darzustellen, jedoch sind aktuell keine ausreichenden zeitlichen Ressourcen vorhanden.

Einige zusammengefasste Erkenntnisse aus dem Zeitraum 2020 -22 (weiteres s. Präsentation)

- Gesamtzahl der vorsprechenden Personen trotz Corona erhöht (+ 3000 bei gleicher Finanzierung)
- 40 % Muttersprache deutsch; 60 % verteilt sich neben türkisch, arabisch, russisch auf eine Vielzahl weiterer Sprachen
- Problemlagen der vorsprechenden Personen gestiegen, durchschnittlich 3 Problemlagen; (fast 50 % beziehen sich auf Finanzen; eine genauere Differenzierung wird von Herrn Herr zur Verfügung gestellt)

**DHH zu AUSB** (Kapitel 2711, bei Bezirken; Mittel aus auftragsweiser Bewirtschaftung; Sozialausschuss zuständig; anders als Schuldnerberatung, dort über Globalsumme für Bezirke).

Die aktuelle Planung für die AUSB ist äußerst positiv, jedoch können sich noch Veränderungen ergeben.

Demnach ist ein Zuwachs von 800.000 € vorgesehen (Verteilung nach Schlüssel 70 % Grundfinanzierung, 30 % benachteiligter Bevölkerungsanteil); in 2025 sind nochmals + 50.000 € für Tarifmittel vorgesehen.

Mittel würden etwa 1 VZÄ pro Beratungsstelle ausmachen.

Es handelt sich um eine echte Erhöhung (die Mittel aus dem Netzwerk der Wärme fallen zwar weg, die Summe wird aber den AUSB zugeschrieben)

Die Verteilung der Mittel wird in den Bezirken entschieden. Es wurde aber deutlich, dass kein Wunsch nach neuer Ausschreibung besteht.

Schlusslesung findet am 6. Dezember statt, dann erst endgültige Aussage zu den Mitteln möglich (Ende Oktober noch mögliche Änderungsanträge der Fraktionen zur 2. Lesung)

Ausblick seitens Sen ASGIVA:

- Gemeinsamer Austausch mit Bezirken, LIGA und Senatsverwaltung
- Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen und Sachberichtswesen
- Erstellen eines Jahresberichtes
- Berlinweiter Flyer, Webseite

Fragen/Anmerkungen der LIGA:

- Umsetzung OZG? → Berlin plant eigene Plattform;  
Es wird auf die Liste der ASB/AUSB hingewiesen, die auf der LIGA Seite zu finden ist; große Anzahl von Angeboten, die nicht über Bezirke (z.T. prekär) finanziert werden; Verlinkung wäre sinnvoll
- Stehen Mittel aus dem Budget bei SenFin für Tarifierhöhungen zur Verfügung? → zunächst soll ein Ausgleich innerhalb des Titels erfolgen. Die Bezirke können Anträge stellen, wenn dort keine Mittel mehr vorhanden sind.
- Kai Venske informiert über die in Gründung befindliche Selbstvertretung „Berliner Arbeitsgemeinschaft Allgemeine Sozialberatung“

Im Anschluss bewerten die Teilnehmenden des FA das Treffen als konstruktiv und positiv.

Die Präsentation wird in die Runde geschickt. Besprochen wird auch, dass diese für den internen Gebrauch an die AUSB weitergegeben werden kann.

Irina Meyer spricht eine Problematik bezüglich der weiteren Förderung im Bezirk Neukölln an: Demnach sollen die Mittel für die AUSB künftig nur noch einem Träger zur Verfügung gestellt werden. Gefördert werden dort das NBH NK und DRK.

Die Entscheidung soll vom dortigen Sozialstadtrat getroffen worden sein, die Begründung sei nicht nachvollziehbar. Beide Träger sind geschätzt und haben eine hohe Nachfrage.

Ein BVV Beschluss sieht auch künftig eine Förderung beider Träger vor. Unklar, ob Sozialstadtrat dem folgt.

Der FA spricht sich grundsätzlich für eine Trägervielfalt aus.

### **3.3 Schuldner- und Insolvenzberatung**

Keine neuen Infos zu DHH.

Kürzungen Caritas Beratungsstelle in Pankow weitgehend vom Tisch

### **3.4 Teilhabe und Arbeitsmarktthemen**

Es gab insgesamt drei Treffen mit arbeitsmarktpolitischen Sprechern SPD und CDU; daraus haben sich Anfragen für den Sozialausschuss ergeben; viele Kürzungen erklären sich nicht, da Sammeltitel

Fragen sollten von Herrn Petzold zu Sen ASGIVA mitgenommen werden, Kürzungen zu 16 e und i; wird im Nachgang von Claudia versendet;

Ergänzung von Corinna: *nach Aussage aus einigen Jobcentern sollen keine Vermittlungsvorschläge für 16i mehr ausgereicht werden. 16i sei wegen der Einsparungen nur noch in ausgesuchten Einzelfällen möglich.*

*V-ABI bereitet mit dem Jobcenter Mitte einen Gesundheitstag für Migrantinnen am 22.11. im BVV Saal Mitte vor*

Land möchte gleiche Anzahl an Kofinanzierung vornehmen, aber erklärt sich nicht; Kürzungen so hoch, dass wenig möglich, größere Summen nur über Hauptausschuss zu erreichen.

Solidarisches Grundeinkommen läuft Ende 2025 aus, Weiterbeschäftigung der Menschen, die nicht in Arbeit gekommen sind, noch offen; Zwischenevaluation, nun Begleitgremium auf Landesebene; ein Platz wird über David Klässig übernommen; dieses Jahr 1. Sitzung

Fragen dazu an Markus Pleyer weiterleiten

Information über den Ticker, vom 28.09.2024: „Regierung kippt Sparpläne bei Betreuung junger Arbeitsloser“

1. Bundesarbeitsminister Heil will Sparpläne bei Betreuung junger Arbeitsloser kippen.
2. Jobcenter sollen weiterhin für Unter-25-Jährige zuständig bleiben.
3. Arbeitsagenturen sollen Zuständigkeit für Weiterbildung und Rehabilitation übernehmen.

### **3.5 Digitalisierung (als Teilhabethema)**

./.

### **3.6 Mietenpolitik**

./.

### **3.7 Kinder- und Familienarmut/Frauen und Gleichstellung**

Frau Thielen wird LIGA-Vertretung der Fachebene zur Prävention von Kinderarmut übernehmen

Treffen mit Familienkassen: Es wurden Inhalte der Kooperationsvereinbarung abgestimmt; Änderungsvorschläge sollen bis nach den Ferien abgegeben werden (Rückmeldungen an Diakonie); Informationsveranstaltungen für MA zu Kindergeld und Kinderzuschlag sind im November bzw. Dezember geplant (1 x Präsenz, 1 x online);

Ansprechpartner für LIGA wurde genannt, wirkte alles sehr bürgerfreundlich

Nächsten Jahr Treffen, wenn Kindergrundsicherung klar ist

### **3.8 Straffälligenhilfe**

Haushalt: alle Projekte werden finanziert, sogar Erhöhungen zu erwarten

## **4 Monitoring und Austausch zu neuesten Entwicklungen**

Gesundheitshaushalt für Obdachlose sowie IGPP wird insbesondere vom CV bearbeitet; In Wohnungslosenhilfe sind keine Problemfälle bekannt;

## **5 Bericht aus LIGA-GF und anderen Gremien (z.B. LAK; Forum Grundsicherung)**

Nichts bekannt

Udo Geiger wird zu neuem Instrument 16 k berichten; Claudia nicht mehr dabei; Vertretung wird gesucht; Begleitung abgesichert

## **6 Sozialpolitische Themen und erste Vorbereitungen nächster Austausch zum Treffen mit sozialpolitischen Sprechern der Koalition**

Treffen im Dezember erscheint sinnvoll, da vorab kein Einfluss mehr auf Haushalt. Grundinfos liegen dann vor, auch wenn noch nicht veröffentlicht; Austausch und Auswertung (Blick in Koalitionsvertrag vorab)

## **7 Verschiedenes**

Mit Blick auf den Haushaltsentwurf Einzelplan 11 sind innerhalb der Fachgruppe Arbeitsmarkt folgende Fragen zum Haushaltsentwurf aufgekommen, welche Corrina Boldt an Sven Meyer (SPD, Arbeitsmarktpolitischer Sprecher SPD) zur Beantwortung weitergeleitet hat:

S. 6 Im Kapitel 1140 **Titel 68333** Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung 2. Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP)

2023 = 18.100.000 EUR

2024 = 10.500.000 EUR à Kürzung

2025 = 13.100.000 EUR

Aus den Erläuterungen ist nicht zu erkennen, wie die Finanzierungslogik begründet ist.

S. 6 **Titel 68355 lfd. Nr. 1** hier Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung

2023 = 10.103.000 EUR

2024 = 10.419.000 EUR

2025 = 9.330.000 EUR

Die Träger haben unter Haushaltsvorbehalt Bewilligung für 2023 und 2024 erhalten. Einzelne Stellen wurden jedoch vorerst nur für 1 Jahr bewilligt. Sieht der gestiegene Ansatz für 2024 die weitere Förderung dieser Jobcoach-Personalstellen vor?

Für 2025 wird eine signifikante Kürzung vorgenommen. Geht die Verwaltung davon aus, dass der Personenkreis nicht mehr begleitet werden muss. Ist für den Personenkreis der Ukrainegeflüchteten nicht zusätzliche Kapazitäten zu schaffen bzw. zu erhalten? Seit 2023 können auch obdachlose Personen begleitet werden, soll das Wegfallen? Wie viele Stellen

sind betroffen? Für welche Zielgruppen genau? Wird die Kürzung 2025 aufgrund der zu erwartenden Kürzungen im Eingliederungstitel der Jobcenter vorgenommen?

S. 6 **Titel 68356 lfd. Nr. 3** hier öffentlich geförderte Beschäftigung (Zuschüsse zu Maßnahmen nach §§ 16 e und i SGB II und sonstigen Beschäftigungsprogrammen) und Landeszuschüsse für KMU (LKMU) sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere

2023 = 25.018.000 EUR

2024 = 24.062.000 EUR

2025 = 24.062.000 EUR

Wird aufgrund der Kürzungen von einer Reduzierung der Förderfälle ausgegangen, in welchem Umfang? Sind in die Haushaltsansätzen Kostensteigerungen in den Sachkostenzuschüssen bei 16i SGB III berücksichtigt? In welchem Umfang?

S. 76 **Titel 68356 lfd. Nr. 5** Welche besonderen Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik sind geplant?

S. 78 **Titel 68356 lfd. Nr.6** Wie sieht die „Lokale Förderung sozialer Innovation von Mikro-, Entwicklungs- und Modellprojekten“ (Kofinanzierung von Ausgaben bei den Titeln 68333 und 68356) konkret aus?

S. 65 im Kapitel 1140 **Titel 54010 lfd. Nr. 12** Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen an aus der EU entsandte Beschäftigte, freizügigkeitsberechtigte Beschäftigte, Migrantinnen und Migranten und von Ausbeutung Betroffene, arbeitsrechtliche Schulungen für Geflüchtete sowie Multiplikatoren in der Flüchtlingsarbeit

2023 = 1.100.000 EUR

2024 = 1.350.000 EUR

2025 = 1.350.000 EUR

In der Erläuterung wird von einer inhaltlichen Erweiterung gesprochen sowie der zusätzlichen Beratung von Ukrainer\*innen. Werden mit der Steigerung von 2023 auf 2024 zusätzliche Beratungskapazitäten für diesen Personenkreis geschaffen oder welche inhaltlichen Erweiterungen sind gemeint?

Ebenda **lfd. Nr. 14.** Umsetzungsdienstleistungen für das Solidarische Grundeinkommen (SGE)

2023 = 914.000 EUR

2024 = 813.000 EUR

2025 = 400.000 EUR

Das Programm endet, aber auch aus dem Zwischenbericht erschließt sich die Kürzungslogik nicht ohne Weiteres.

S. 71 **Titel 68351 lfd. Nr. 1** Weiterbildungsberatungsstellen und Weiterbildungsdatenbank

2023 = 6.491.000 EUR

2024 = 5.502.000 EUR à Kürzung

2025 = 5.502.000 EUR

Aus den Erläuterungen ist nicht zu erkennen, wie die Kürzung auf 2024 zu begründen ist.

Sind in den verschiedenen Haushaltsansätzen Kostensteigerungen (hier v.a. Mieten und Mietnebenkosten) sowohl in 2024 und 2025 einkalkuliert oder kommt es zu Realkürzungen?

Sind Tarifsteigerungen für Projektmitarbeitende einkalkuliert oder werden diese durch einen gesonderten Titel zusätzlich bereitgestellt?

Für die ESF- Projekte Kapitel 68333 (Jugendberufsagentur S. 78) und 68356 (LSI S. 78) sowie im Bereich Frauenförderung sind Landeskofinanzierungen separat ausgewiesen. Wo werden die 10%igen Kofinanzierungen für die Bundes ESF Programme wie EHAP +, AKTI(F)Plus, BIWAQ, WIN WIN etc. abgebildet. Im Falle des EHAP Plus wird durch das Bundes-Programm fast die gesamte Berliner Beratungsstruktur für Neuzugewanderte EU Bürger:innen sichergestellt. Wird den Trägern die alleinige Verantwortung für die Kofinanzierung überlassen?

## **8 weitere Termin- und Arbeitsplanung 2023**

Treffen im November findet als Videokonferenz statt; für endgültige Vorbereitung TOP 6 nutzen.

23.11. (**UPDATE: veraltet!**) nächster Termin Heike Moderation, V-ABI Protokoll; **UPDATE: 30.11.23**